

Die englischen Wahlen

Autor(en): **Walker, W.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **15 (1935-1936)**

Heft 8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-158045>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sanierung andern zu überlassen.“ Er möge froh sein, wenn er vor neuer Schuldenwirtschaft verschont bleibt! Eine nach dem Projekt Pilet-Schrafl sanierte Bahn würde ihm aber sicher eine Sanierung II bescheren, da man natürlich nach Überwindung des ersten Schrecks wieder ruhig auf dem Polster der Bundesgarantie ausruhen würde.

* * *

Die Mahnungen, die Entpolitisierungsinitiative wieder zurückzuziehen, da sonst die bürgerliche Front gespalten werde, sind nicht gerade an die richtige Adresse gerichtet. Der Berner Mitarbeiter möge versuchen, zuerst einmal jene „Bürgerlichen“ zu befehren, die in engster Ideengemeinschaft mit Nationalrat Bratschi das Komitee „Die Schweizerbahnen dem Schweizervolk“ gegründet haben, welches kürzlich in die Öffentlichkeit hinaustrumpetete, nur die finanzielle Entlastung der S. B. B. sei dringend, die Reorganisation Nebensache. Wenn einmal dort eine Befehung erfolgt ist, und das Projekt Pilet-Schrafl einige weitere Etappen hinter sich hat und gründlich verbessert wurde, dann kann man wieder über die Sache reden. Aber man täusche sich nicht: Ein Rückzug der Initiative gegen einen offiziellen Reorganisationsvorschlag, der so ungenügend ist, wie das heutige Projekt Pilet-Schrafl, kommt meines Wissens und meiner Überzeugung nach niemals in Frage.

Vielleicht wiegt man sich in den Gedanken ein, man werde die Initiative schon zu bodigen vermögen.

Vielleicht; wer weiß das? Aber möge es dann kommen wie es will: Ein so halbbakiges, nein, viertelbakiges Werk wie das Projekt Pilet-Schrafl, besonders nach der Verschlechterung durch den Verwaltungsrat, wird in jedem Zeitpunkt den entschlossensten Widerstand der Kreise finden, die die Entpolitisierungsinitiative unterstützt haben. Gleich entschlossen wird derselbe Harst auch auf den übrigen Gebieten der Verkehrspolitik seinen Zielen entsprechend aufzutreten und zu kämpfen wissen.

Die englischen Wahlen.

Von W. Walker.

Wer vor etwas mehr als zwei Jahrzehnten nach England kam und Gelegenheit hatte, Wahlen ins Parlament mitzuerleben, wird sie kaum je vergessen. Sie wichen damals schon in starkem Maße ab von denen auf dem Kontinent. Es war, wie heute noch, Hauptaufgabe des Kandidaten für „das Haus der Gemeinen“, sich den Wählern vorzustellen, zu jener Zeit nur den männlichen Wählern. Heute darf er die Frauen nicht etwa außer Acht lassen, da sie das Stimmrecht nun ebenfalls besitzen, das sie sich in

mutigem, über einen langen Zeitraum erstreckenden Kampf eroberten. Auch dieser Kampf für Frauenrechte war interessant, und man konnte nicht umhin, die zähe Ausdauer und die Zuversicht zu bewundern, mit der die Suffragettes für das Stimmrecht kämpften.

In jener Zeit war es selbstverständlich schwieriger, seine Wähler aufzusuchen. In Pferdefuhrwerken reiste der Kandidat durch seinen Wahlbezirk. Er verfehlte nicht, zur Mittagszeit beispielsweise an der Ecke einer Fabrik, oder an andern geeigneten Stellen vom Wagen herab sich der Wählerschaft mit einigen wohlabgewogenen Sätzen vorzustellen. Viel hing von dem Eindruck ab, den die kurze Rede auf die einfachen Leute machte.

Heute haben es die Herren leichter, vor allem die wohlhabenden. Das Auto leistet höchst willkommene Dienste. So können an einem Abend mehrere Versammlungen in den verschiedensten Dörfern oder Städten besucht werden, wo ein lokaler Politiker die Veranstaltung als Präsident leitet. Der Kandidat erscheint, vielleicht oft recht spät, und spricht zu den Wählern, gewöhnlich nur wenige Minuten. Sehr zu seinen Gunsten wirken witzige Bemerkungen, oder seine Schlagfertigkeit, mit der er auf Zwischenrufe oder hineingeworfene, unerwartete Fragen antwortet. Tut er dies treffend, so verstummen auch bald die Rufe, es sei denn, daß man es auf Tumulte abgesehen hat, wie dies jetzt im Norden des Landes des östern der Fall war.

Es kann vorkommen, daß der betreffende, bedauernswerte Kandidat infolge der Anstrengung heiser geworden ist, völlig unfähig zu sprechen, und nur gekommen ist, um sich zu zeigen, worauf ein Gesinnungsfreund einige Worte zu dessen Gunsten zu sagen genötigt ist. Da die Frauen auch ins Parlament gewählt werden können, liegt es auf der Hand, daß sie sich heute noch viel lebhafter, ja leidenschaftlich am Kampf beteiligen. Wer immer kann, stellt sein Auto Freunden zur Verfügung. Man fährt oder geht von Haus zu Haus und sucht den Wähler persönlich zu beeinflussen. Man bringt die Bilder der Kandidaten mit, und diese Bilder werden je nachdem sichtbar ins Fenster gestellt.

Zu jener Zeit war das Wahlgesetz nach mancher Richtung nicht etwa musterhaft. Es bestand das Recht, daß jedermann, der irgendwo Land, oder ein Haus besaß, daselbst das Stimmrecht auch noch ausüben durfte, außer an seinem Wohnort, wodurch gar manchem die Möglichkeit gegeben war, mehrere Stimmen abzugeben. Professoren an den Hochschulen von Oxford und Cambridge hatten damals und haben noch heute das Recht, eine Stimme für einen besonderen Universitätskandidaten abzugeben und noch eine solche für den bürgerlichen.

Es ist klar, daß in jenen Jahren die Abstimmung gewöhnlich eine volle Woche dauerte, bis jeder Wähler seine Stimme an den in Frage kommenden Orten in die Urne gelegt hatte. So geschah es beispielsweise, daß 1906 bei dem Riesenerfolg der Liberalen die Stadt Ipswich die Abstimmung zuerst begann, den „ersten Schuß abfeuerte“, wie die liberalen Blätter meldeten, und statt wie bisher zwei Konservative, zwei Liberale wählte. Dann folgte

Wahlbezirk auf Wahlbezirk, und am Ende der Woche waren sozusagen sämtliche Tories geschlagen. Das Parlament bestand alsdann nur aus 600 Liberalen, da die wenigen Konservativen, die gewählt worden waren, auf Annahme der Wahl verzichteten, bezw. zu den Sitzungen nicht erschienen. Es war die Zeit von Campbell-Bannerman, Churchill (damals liberal!) u. a. m.

Das nun seit Jahren gültige Wahlgesetz hat mit oben genanntem Übel aufgeräumt: die Wahlen finden an ein und demselben Tage statt; mehr als eine Stimme abzugeben, ist nicht mehr möglich.

Eine einseitig zusammengesetzte Parlamentsmehrheit, ohne jegliche Opposition, ist selbstredend nicht von Gutem. Ebenso wenig war es von Vorteil, daß 1929 die Arbeiterpartei und die Liberalen fast alle Sitze eroberten. 1931 wurde dann das neue Parlament gewählt, wobei die Labour Party katastrophale Verluste erlitt und die Konservativen eine überwältigende Mehrheit erreichten. Es begann die Zeit der Nationalen Regierung. Mac Donald blieb einstweilen Ministerpräsident; viele Liberale halfen der konservativen Regierung. Etwa 50 Arbeiter bildeten die Opposition, zu der auch Lloyd George mit ein paar Getreuen gehörte. An Stelle Mac Donalds trat bald der überaus kluge Politiker Baldwin.

Unter der Arbeiterregierung war die Schuldenlast Englands beträchtlich gestiegen, die Zahl der Arbeitslosen bedrohlich geworden; die Steuern wurden fast unerträglich. Der Nationalen Regierung gelang es nun, sich nach und nach die Sympathie des Volkes zu sichern. Das Land erstarbte finanziell; der Kredit wurde wieder hergestellt und damit das Prestige. Es wurden eine Million Häuser gebaut, über eine Million Arbeiter mehr beschäftigt. Die Armenviertel einiger Großstädte wurden nach Möglichkeit saniert. Wo die Bevölkerungsdichtigkeit Unannehmlichkeiten zur Folge hatte — zu viele Menschen in ein und derselben kleinen Wohnung — suchte man nach Kräften dem Übel zu steuern. Die Löhne der Landarbeiter, eine sehr kluge Maßnahme, wurden erhöht, standen nachher jedenfalls höher als unter jeder frühern Regierung. Man suchte nach Möglichkeit den Ausfuhrhandel vor dem Verfall zu retten und wieder zu fördern, was leichter wurde, da man den Pfundkurs gesenkt hatte. Die Handelsflotte rühmt sich, daß nur noch ein Viertel der Schiffe müßig in den Meereshäfen und Docks liegen, verglichen mit den Zeiten vor vier Jahren. Die Steuerlast wurde um 17 Millionen Pfund vermindert u. a. m.

Überschaut man obiges Plus für die Nationale Regierung, wie sie sich klugerweise nannte und wieder nennt, trotz der konservativen Mehrheit, so folgt, daß die Bezeichnung konservativ nur in gewissem Sinne zutrifft. So hat denn auch im letzten Wahlkampf ein angesehenes Politiker, der National Liberal Sir John Simon, in einem Aufruf an die Liberalen gesagt, es bestehe kein wesentlicher Unterschied zwischen den National Liberals und den Konservativen. Dies wurde jedoch von den altliberalen Blättern, so vom Manchester Guardian, mit Entschiedenheit verneint, und sie verbaten sich von jener Seite jegliche Ratschläge über Stimmabgabe. Aber gerade

dieser scharfe Verweis von Seiten des liberalen Führers G. H. Samuel mag zu seinem Fall bei den jetzigen Wahlen stark beigetragen haben. Sicher ist, daß viele Liberale, da wo die Arbeiterpartei Aussicht auf Erfolg gehabt hätte, nicht dieser, sondern dem konservativen Kandidaten stimmten; oder sie stellten einen eigenen Kandidaten auf, selbst wenn eine Wahl aussichtslos war. Die Tatsachen, daß seinerzeit Chamberlain (Home Rule = Frage) sich zu den Konservativen gesellte, desgleichen Churchill später umfattelte, im Augenblick, wo es günstig schien, daß Adelige aus ehrgeizigen Gründen zu den Labour-Leuten übergingen, spricht für die Richtigkeit, daß englische Wähler oft sich auf die rechte Seite drehen, wenn sie finden, sie können auf der linken nicht gut schlafen. . .

Zweifellos am meisten Ansehen gewann die Regierung Baldwin durch ihr energisches Verhalten beim Ausbruch des italienisch-abessinischen Konfliktes. Der Engländer hatte gefühlt, daß sein Ansehen in der europäischen Politik wohl auch infolge des allzu starken Hinneigens nach Frankreich gelitten hatte. Jedenfalls schickte England seine Flotte in gewaltiger Stärke ins Mittelmeer, ohne vorerst seinen Nachbar zu fragen. Wohl weiß jeder, daß England weniger energisch gehandelt hätte, wäre es nicht durch Mussolinis rücksichtsloses Vorgehen selbst mehr oder weniger gefährdet worden. Ebenso mutig vertrat es seinen Standpunkt in Genf. Es war hohe Zeit, daß es damit dem Völkerbund wieder etwas mehr Festigkeit gab; denn er darf in diesem eklatanten Fall von Gesetzesverletzung durch Italien nicht versagen, wenn es nicht um die ganze Institution geschehen sein soll. Das war nicht alles: England hatte durch den Völkerbund Gelegenheit, diesen, a b e r a u c h s i c h s e l b s t n a c h i n n e n zu stärken; die Lage für Befragung des Volkes und Neuwahlen war außerordentlich günstig; deshalb auch die große Eile; denn das Parlament hätte gesetzlich bis zum Frühjahr zuwarten können.

Diesmal wird nun England, gestützt durch die neugewählte, starke, neuerdings festgefügte konservative Regierung, die fünf Jahre im Amt bleiben darf, durch das Mittel des Völkerbundes, wenn Frankreich den Satzungen der „Ligue“ treu bleibt, alles tun, um Italien, den Friedensbrecher, zur Vernunft zu bringen; sonst wäre sein Ansehen neuerdings gefährdet. Oder sollte es, wie schon verlautete, hier weitere, uns noch unbekanntere Pläne haben?

Die Wahlen waren für die Regierung derart günstig, daß Baldwin am 15. November abends per Rundfunk stolz verkünden konnte, er sei aufs höchste befriedigt, es sei ein herrlicher Sieg der Stetigkeit! Er sagte: „Es ist ein prachtvolles Resultat. Das Land hat erneut gezeigt, daß es die Nationale Regierung stützt, unserm Willen, unserer Geschicklichkeit, unserer Arbeit für den Wiederaufbau des Landes und für die Festigung des Weltfriedens entschieden weiter vertraut.“ Die erdrückende Zahl der Konservativen im letzten Parlament ist allerdings etwas gesunken. Aber die Nationale Regierung hat weiterhin eine klare Mehrheit von rund 250 Stimmen über die gesamte Opposition, die insgesamt nur 184

Stimmen zählt. Immerhin muß diese Opposition schon angehört werden, und man darf nicht übersehen, daß für die Konservativen und Regierungstreuen insgesamt 11,8 Millionen, für die Opposition aber total 10,9 Millionen Stimmen abgegeben wurden, bei der Regierung = 840 000 Liberale, bei der Opposition = 1 357 000 Liberale.

Weshalb dieses Mißverhältnis bei den Resultaten? Das englische Wahlgesetz ist eine Art Pluralwahlrecht. Außerdem verbleiben Sitze ohne Opposition, diesmal wieder fünfzig, sozusagen alles Konservative, ohne Abstimmung der betreffenden Partei! Über 200 Sitze, die den Konservativen zufielen, erforderten den sog. Majorz-Wahlkampf; es waren dort also nur zwei Kandidaten im Feld. Wo aber drei waren, galt gleich im ersten und einzigen Wahlgang derjenige als gewählt, dem die meisten Stimmen zukamen. Man nennt dies dreiseitige Wahlkämpfe; ein Austrag nach vier Seiten ist höchst selten. Zwei Beispiele mögen dies beleuchten:

Stourbridge: K o n s e r v a t i v e	24 900	St.
Arbeiter	19 500	"
Liberale	12 700	"
Bradford East: K o n s e r v a t i v e	11 000	St.
Indep. Labour	9 000	"
Labour	7 300	"
Liberale	6 300	"

In dem einen Fall (Stourbridge) bleiben also 32 000 Stimmen, im zweiten (Bradford) 22 000 Stimmen, beide Male weitaus die Mehrheit der Wähler, ohne Vertretung; die an der Spitze Stehenden sind gleich ohne weiteres gewählt!

Die neue Regierung stellt sich folgende Aufgaben: Weitere Förderung des Wiederaufbaues des Landes, Besserung der Lage der Bergleute in den Kohlenrevieren, das Recht der Nachforschung nach den means (Mitteln) des Betreffenden im Falle von Arbeitslosenunterstützung, Hebung des schulpflichtigen Alters, allerdings mit Einschränkungen. Vor allem will sie alte Kriegsschiffe ersetzen durch neue, den heutigen Anforderungen entsprechende; sie will nicht zuletzt eine weitere Stärkung des Völkerbundes und den Krieg zwischen Italien und Abessinien so rasch wie möglich beendigen.